



Liestal, 10. März 2015

UNSERIÖS UND UNLAUTER

Die SP Baselland lehnt die beiden Änderungen des Bildungsgesetzes zur „Einführung des Lehrplan 21“ und zum „Verzicht auf die Einführung von Sammelfächern auf der Sekundarstufe I“ entschieden ab. Die beiden parlamentarischen Initiativen, die den Änderungen zugrunde liegen, sind unseriös und unlauter. Unter Berücksichtigung der Zuständigkeit des Bildungsrates soll der Landrat dennoch in die Diskussion einbezogen werden.

Eine Gruppe von Landrätinnen und Landräten fordert mit zwei parlamentarischen Initiativen den Verzicht auf die Einführung von Sammelfächern und die Möglichkeit, über die Einführung des Lehrplans 21 im Landrat zu entscheiden. Die SP Baselland stellt sich entschieden gegen diese Initiativen, empfiehlt der Regierung aber, den Landrat unter Berücksichtigung der Zuständigkeit des Bildungsrates dennoch in die Diskussion einzubeziehen.

Parlamentarische Initiative „Einführung Lehrplan 21“

Diese Initiative wurde im Januar 2014 eingereicht, als der definitive Lehrplan 21 noch gar nicht vorlag, sondern die Vernehmlassungsvorlage breit diskutiert und kritisiert wurde. Auch die Regierung des Kantons Baselland lehnte damals die Vernehmlassungsvorlage ab und erreichte entscheidende Verbesserungen. Die nun vorliegende definitive Version des Lehrplans 21 ist eine Mustervorlage, die genutzt, abgeändert und ergänzt werden kann. Im Kanton Baselland passiert dies über den Lehrplan Volksschule Baselland, der vom Bildungsrat im vergangenen November beschlossen wurde. Ein konstruktiver Weg ist damit beschritten worden. Die parlamentarische Initiative „Einführung Lehrplan 21“ startete unter falschen Voraussetzungen und schafft nur neue Unsicherheiten.

Parlamentarische Initiative „Verzicht auf Sammelfächer auf der Sekundarstufe I“

Die durch die parlamentarische Initiative bekämpften Anpassungen wurden vom Bildungsrat im Sommer 2012 beschlossen. Es ist unseriös und unlauter, diesen Entscheid erst fast zwei Jahre danach anzufechten, wie dies mit dieser Initiative getan wurde. Im Bildungsgesetz wird bewusst auf eine detaillierte Beschreibung der Stundentafeln verzichtet. Es macht keinen Sinn, nun die Fächer Geschichte, Geografie, Physik, Biologie, Chemie, Hauswirtschaft und Wirtschaft im Bildungsgesetz als Einzelfächer zu definieren und kein Wort über Deutsch oder Mathematik, Französisch oder Englisch zu verlieren.

Eine Gutheissung der parlamentarischen Initiativen durch die Regierung oder den Landrat würde grosse Unsicherheiten an den betroffenen Schulen und innerhalb der Lehrerschaft schaffen. Zudem gefährden sie den gemeinsamen Bildungsraum mit Basel-Stadt.

Die SP Baselland unterstreicht in beiden Fällen die Zuständigkeit des Bildungsrates. Die Kompetenzen dieses Gremiums wurden in einer Volksabstimmung vom Herbst 2010 bestätigt und sind somit klar definiert. Es gibt keinen Grund, diese zu untergraben. Der Bildungsrat hat nachweislich sehr präzise Vorarbeiten für die Einführung des Lehrplans 21 und zur Ausgestaltung der Sammelfächer in unserem Kanton geleistet.

Unsere detaillierten Vernehmlassungsantworten und die darin erwähnten Beilagen finden Sie im Anhang.

Auskunft erteilt:

Christoph Hänggi, Vizepräsident SP BL

079 619 07 05